

Fehlerhaft

Nicht jeder kann sich über das neue Elterngeld freuen. Vor allem schwangere Frauen ohne Einkommen stehen ab kommendem Jahr schlechter da als zuvor.

Von Sebastian Sander

Ab 1. Januar 2007 gibt es das neue Elterngeld. Das von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) gegen massive Widerstände auch aus den eigenen Reihen durchgesetzte Elterngeld löst das bisherige Erziehungsgeld ab, das noch für Kinder gezahlt wird, die bis zum 31. Dezember das Licht der Welt erblicken. Eltern, deren Jahresnettoeinkommen nicht mehr als 30.000 Euro überstieg, sicherte das Erziehungsgeld zwei Jahre lang staatliche Zuschüsse in Höhe von 300 Euro pro Monat.

Doch damit ist zum Jahreswechsel Schluss. Denn von dem neuen Elterngeld profitieren künftig vor allem Gutverdienende. Anders als das Erziehungsgeld handelt es sich beim Elterngeld jedoch

»Das Elterngeld wird vielen ungeborenen Kindern das Leben kosten«

um eine Lohnersatzleistung, deren Höhe sich am bisherigen Einkommen des betreuenden Elternteils orientiert.

Eltern, deren Kinder ab dem 1. Januar 2007 geboren werden, erhalten zwölf Monate lang 67 Prozent des entfallenen Netto-Einkommens, maximal 1.800 Euro pro Monat. Unterbricht auch der andere Elternteil die Berufstätigkeit und widmet sich stattdessen der Betreuung und Erziehung des Kindes, wird das Elterngeld zwei weitere Monate gezahlt. Gutverdienende Paare, die die Maximalförderung des Elterngeldes voll ausschöpfen können, erhalten über den Zeitraum von 14 Monaten auf diese Weise 25.200 Euro.

Mütter und Väter ohne Einkommen, wie etwa so genannte Vollzeit-Mütter oder -Väter, Studierende oder Arbeitslosengeld II-Empfänger, müssen sich dagegen mit 300 Euro pro Monat bescheiden.

Gegenüber dem Erziehungsgeld büßen sie mit dem neuen Elterngeld im zweiten Lebensjahr des Kindes die früher gewährten staatlichen Hilfen mit einer Höhe von insgesamt 3.600 Euro ein.

Für Frauen, die überraschend schwanger geworden sind, stellt diese neue Regelung ein Problem dar. »Allein in den vergangenen Wochen haben wir über zehn Studentinnen beraten, die abtreiben

Postvertriebsstück B 42890 Entgelt bezahlt
Deutsche Post AG (DPAG)
Aktion Lebensrecht für Alle e.V. (ALFA)
Ottmarsgässchen 8, 86152 Augsburg

Paare bis zu 25.200 Euro Elterngeld einstreichen können«, so die ALFA-Bundvorsitzende, die fürchtet, dass das neue Elterngeld »viele ungeborenen Kinder das Leben kosten wird«.

Wie Kaminski berichtet, seien durch die »Gehsteigerberatung« von Frauen direkt vor Abtreibungseinrichtungen, bei der sich die ALFA personell und finanziell engagiert, die sozialen Ausgaben des ge-



Hat noch gut lachen: Seinen Eltern sicherte das Erziehungsgeld 7.200 Euro

wollen, weil ihre Kinder erst Anfang nächsten Jahres zur Welt kommen würden und sie somit unter die Regelung des neuen Elterngeldes fallen«, zitierte »Focus online« kürzlich die Bundesvorsitzende der Aktion Lebensrecht für Alle (ALFA), Claudia Kaminski.

Denn laut Kaminski fühlten sich Frauen ohne Einkommen als Verliererinnen des neuen Gesetzes. »Es ist ein Skandal, dass arme Mütter ab Januar 2007 auf die Hälfte des bisherigen Erziehungsgeldes verzichten müssen, damit gutverdienende

meinnützigen Vereins im ersten Halbjahr 2006 dramatisch gestiegen. Die so genannte Gehsteigerberatung zeige, dass die »Zusage finanzieller Hilfe und persönlicher Begleitung viele Frauen vom Gang in die Abtreibungseinrichtung abhalten können«, so Kaminski. Wollte man nun noch die mit dem Elterngeld verbundene Kürzung der Familienförderung für Frauen ohne Einkommen kompensieren, sei die ALFA »auf viel mehr Spenden als bisher angewiesen«, so Kaminski weiter.